



IEDF

**INTERESSENGEMEINSCHAFT
EHEMALIGER DDR-FLÜCHTLINGE e.V.**

Postfach 25 01 40 · 68084 Mannheim
vorstand@iedf.de · www.iedf.de
www.flucht-und-ausreise.info

Amtsgericht Mannheim · VR 700231
Der Verein besitzt den Status der Gemeinnützigkeit.

Bank: IG ehem. DDR-Flüchtlinge
Deutsche Bank Mannheim
IBAN DE50 6707 0024 0043 7749 00
BIC DEUTDE3333

IG ehem. DDR-Flüchtlinge, Postfach 25 01 40, 68084 Mannheim

**Herrn Bundespräsident
Frank-Walter Steinmeier
c/o Dr. Oliver Schmolke
Spreeweg 1**

10557 Berlin

Mannheim, den 01.02.2023

Ihr Brief vom 14.09.2023

Az. 10-621 01-5-1/14, Britta Geithe

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

in Ihrem o.g. Brief lese ich: „... *Sollte sich in naher Zukunft ein Zeitfenster ergeben, melden wir uns gern bei Ihnen.*“ Ich hatte, namens des Vorstandes der IEDF e.V., um ein Gespräch mit Ihnen gebeten.

Die Menschen, die in der Zeit der deutschen Teilung per Abstimmung mit den Füßen der SED-Diktatur die rote Karte gezeigt hatten, warten auf ihre politische und moralische Rehabilitierung, die ihnen die Bundesregierung schuldet. Sie, sehr geehrter Herr Bundespräsident, wissen das.

Wir als „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ (IEDF) sehen uns mit vollem Recht als einen Verband der Zivilgesellschaft. Die IEDF besteht seit 2008, begeht also in diesem Jahr ihren 15. Jahrestag. Der Vorstand der IEDF arbeitet ehrenamtlich und setzt sich dafür ein, dass das zu Lasten der DDR-Flüchtlinge, Ausreiseantragsteller und aus politischer Haft Freigekauften verletzte Recht wieder hergestellt wird.

Als Bundespräsident haben Sie in der Vergangenheit regelmäßig auf die Wichtigkeit des Ehrenamtes hingewiesen. Auch in Ihrer Ansprache zum Neujahrsempfang haben Sie vor den 70 geladenen Gästen dieses Ihr Anliegen betont.

Was die Verletzung der Klasse der DDR-Altübersiedler anbetrifft, geht es primär um die politische und moralische Demütigung und die entsprechende Wiedergutmachung. Der vom Gesetzgeber nicht legitimierte Eingriff in deren Altersversorgung ist lediglich die Spitze des Eisberges. Denn der wird von der Bundesregierung als „politische Entscheidung (Originalton BMAS!)“ dargestellt. Darin liegt der eigentliche Skandal.

Der Bundestagsabgeordnete Matthias W. Birkwald hatte in der Bundestagsdebatte zur Großen Anfrage 19/11250 betont: „Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist notwendig, dass Ihr mit den Betroffenen redet und nicht nur über sie.“ Genau das ist es, was wir seit mehreren Legislaturperioden feststellen, vermissen und beklagen müssen.

Angesichts des 15-jährigen Bestehens unseres Vereins (der eigentlich gar nicht hätte gegründet werden müssen, wenn alles mit rechten Dingen zugegangen wäre) bitte ich Sie - im Sinne Ihres o.g. Briefes - eines Ihrer Zeitfenster zu nutzen, dem Vorstand der IEDF ein Gespräch anzubieten.

Abschließend möchte ich auf ein weiteres, allerdings untergeordnetes Jubiläum hinweisen. Die Petition 3-19-11-8222-006233 liegt seit 2018, also seit nunmehr 5 (!) Jahren auf dem Tisch des Bundestages. Auch kein Grund zum Feiern. Diese Petition ist keine Bitte, wie das Wort suggeriert. Es handelt sich im Sinne der Verfahrensgrundsätze des Petitionsausschusses Pkt.2(3) um eine Beschwerde. Dort heißt es: *„Petitionen ... Beschwerden sind Beanstandungen, die sich gegen ein Handeln oder Unterlassen von staatlichen Organen, Behörden oder sonstigen Einrichtungen wenden, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen.“*

In Ihrer Rede zum Neujahrsempfang haben Sie gesagt: *„Ich bin im vergangenen Jahr viel in unserem Land unterwegs gewesen. In vielen Begegnungen, aber auch in vielen sehr persönlichen Briefen und Mails haben mir Bürgerinnen und Bürger ihre Sorgen geschildert. Ich nehme die Sorgen ernst.“*

In diesem Sinne erwarten wir von Ihnen ein wahrnehmbares Signal.

Mit freundlichen Grüßen,



Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß
(Vorsitzender IEDF)